

XXII. GP.-NR
~~1488~~ /J
2004 -02- 2 5

ANFRAGE

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten betreffend die Besetzung des Aufsichtsrat der Austrian Development Agency (ADA).

Wie sich aus der Beantwortung unserer Frage hinsichtlich der Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der ADA durch Ihr Ministerium ergibt, hat das Außenministerium von sechs zu nominierenden Personen sechs Männer bestellt. Damit wird dem Aufsichtsrat der österreichischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich nur ein weibliches Mitglied angehören (bestellt durch das Finanzministerium), sodass dies ein anachronistisches Geschlechterverhältnis mit übermäßigem Männerübergewicht ergibt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bewusst, dass Sie tatsächlich von sechs zu nominierenden Personen keine einzige Frau genannt haben?
2. Ist Ihnen keine den genannten Herren in Qualifikation zumindest ebenbürtige Frau bekannt?
3. Wenn nein, wie gedenken Sie dieses Informationsdefizit aufzufüllen?
4. Wenn ja, weshalb haben Sie dennoch einer rein männlichen Riege den Vorzug gegeben?
5. Ist Ihnen Ihre Vorbildwirkung in Sachen Frauenförderung durch Ihre Funktion als Außenministerin der Republik Österreich hinreichend bewusst?
6. Abseits der Frage nach einer Frauenquote: Meinen Sie nicht, dass es sich schickte, wenigstens den Anschein von gleichwertiger Mitbestimmung durch weibliche Personen zu wahren?
7. Wie bringen Sie die Bestellung von 100 Prozent Männer in den Aufsichtsrat der ADA mit dem Gender-Mainstreaming-Programm Ihres Ressorts in Einklang?

8. Glauben Sie nicht, dass ein Gender-Mainstreaming-Programm unglaublich wirkt, wenn Sie ausschließlich Männer in eine wichtige Funktion bestellen?
9. Ist es Ihrer Meinung nach nicht konterkariierend, wenn im EZA Gesetz die Gleichstellung der Geschlechter als ein wichtiges Prinzip festgeschrieben ist und bei der Besetzung des ADA-Aufsichtsrates genau das Gegenteil realpolitisch umgesetzt wird?
10. Wenn ja, wie rechtfertigen Sie diesen Widerspruch?

daß nicht
alle Beam
te
mit
Katharine